

Recht und Gerechtigkeit entstehen nicht im Selbstlauf

Interview mit dem Präsidenten des Ostdeutschen Kuratoriums
von Verbänden e. V., Prof. Dr. Siegfried Prokop

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prokop, wir danken Ihnen für die Möglichkeit, Sie für die Leser von **ISOR aktuell** und unsere Internetseite www.isor-sozialverein.de zu aktuellen Problemen befragen zu können. Sie kennen ISOR e.V., hatten schon mehrfach Kontakte zum Vorstand. ISOR e.V. ist Mitglied des von Ihnen geleiteten Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., einer Ihrer Stellvertreter als Vizepräsident ist Dr. Gerhard Dylla, gleichzeitig Vorstandsmitglied der ISOR e.V.

Frage: Welche Bedeutung messen Sie der Mitgliedschaft von ISOR e.V. im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden bei?

ISOR hat sich von Anfang an gegen die politische Diskriminierung in Ostdeutschland gewandt, die auch in der Verletzung sozialer Rechte von sozialen Großgruppen zum Ausdruck kommt. Als Verband hatte ISOR sehr früh begriffen, dass soziale Interessen in der Zivilgesellschaft artikuliert werden müssen. Recht und Gerechtigkeit entstehen nicht im Selbstlauf. So war es nur natürlich, dass ISOR die Bemühungen der GBM unterstützte, ostdeutsche Sozialverbände zu vernetzen. ISOR beteiligte sich aktiv am ersten Ostdeutschen Bundeskongress der Verbände, an der Ausarbeitung der Ostdeutschen Memoranden 1992 und 2003 und zählt zu den aktivsten Mitgliedern im Kuratorium Ostdeutscher Verbände.

Frage: ISOR vertritt die Interessen von Angehörigen ehemaliger Versorgungssys-

teme der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR, darunter viele ehemalige Mitarbeiter des MfS/AFNS. Sie sind auch nach 14 Jahren besonderen politischen und sozialen Ausgrenzungen und Diskreditierungen ausgesetzt. Sehen Sie darin irgendwelche Probleme für das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden?

Ich hielt die geradezu neurotische Ausgrenzung des Personenkreises der bewaffneten Organe und des Zolls der DDR nach der Herstellung der Einheit für falsch. Konrad Adenauer hatte schon am 7. September 1956 in völkerrechtsverbindlicher Form für die Bundesrepublik erklärt, dass nach einer Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen der bloßen Zugehörigkeit zu Behörden oder Organisationen eines Teils Deutschlands verfolgt und diskriminiert werden dürfe. Adenauers Enkel Helmut Kohl war mit solcher Klugheit nicht gerade gesegnet. Gerhard Schröder wohl auch nicht, falls er uns nicht noch in der ihm verbleibenden Zeit eines anderen belehrt.

Dass es im Bereich z.B. des MfS auch Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR gab, steht auf einem anderen Blatt. Sofern solche Verstöße nicht schon vor 1989 geahndet wurden, musste das danach geschehen; allerdings nach Recht und Gesetz der DDR, wie das der Einigungsvertrag vorschreibt.

Frage: Die Mitglieder von ISOR e.V. haben mit besonderem Interesse die klare gesell-

schaftliche Analyse der Situation und die strategische Orientierung für Ostdeutschland im »Ostdeutschen Memorandum 2003« zur Kenntnis genommen, das am 31.05.2003 in Dessau der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Welche Bedeutung messen Sie diesem Grundsatzdokument für die längerfristige Tätigkeit des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und dabei speziell der von ISOR e.V. bei?

Das »Ostdeutsche Memorandum 2003« hat den Finger auf die wunden Stellen gelegt, und gezeigt, was im Osten noch alles im Argen liegt. Aufgabe der Mitgliedsverbände ist es, im Kreis der eigenen Mitglieder die Defizite wach zu halten und ihre Aktivität in die Veränderungsrichtung zu mobilisieren.

Frage: Angesichts des massiven Sozialabbaus im Rahmen der Agenda 2010 in Ost- und Westdeutschland stellt sich die Frage, ob ein spezielles Programm für die ostdeutschen Bundesländer einen Sinn hat, ob es die Betroffenen in ganz Deutschland nicht gegenseitig entsolidarisiert?

Die Diskriminierung in Ostdeutschland wurde von den Kräften des Neoliberalismus für den Sozialabbau in ganz Deutschland instrumentalisiert. Der Osten ist das Experimentierfeld dafür, was auch den Bürgern im Westen nach dem Ende des Sozialismus wieder an Armut und Entfremdung zugemutet werden kann. Ost- und Westdeutsche wären gut beraten, wenn sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen würden. Für uns muss klar sein, dass das ganze Land unter solchen »Scheineliten« leidet, die für sich zweistellige Millionenbeträge als Traumgehalt eingestellt haben und für andere Massenarbeitslosigkeit organisieren.

Frage: Schlussfolgernd aus dem bisher Gesagten, welche unmittelbaren Aufgaben leiten Sie daraus für die Arbeit des Ostdeutschen Kuratoriums ab, welche konkreten Aufgaben würden Sie speziell ISOR e.V. zuweisen wollen?

Nach dem 1. November 2003, dem 3. April 2004 und dem Perspektivenkongress Mitte Mai 2004 zeigt sich die erfreuliche Tendenz einer Wiederaneignung von Politik durch die sozialen Bewegungen in ganz Deutschland. Die erfolgreiche Mobilisierung von vielen Bürgern sollte dazu führen, dass breite Bündnisse zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden und sozia-

► Fortsetzung auf Seite 2

Podiumsdiskussion zum Thema: »Ist der Widerstand der Iraker gegen die Besatzungsmächte legitim?«

Am Freitag, 18.06.04 um 19.00 Uhr im Haus der Demokratie,
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Veranstalter: Europäisches Friedensforum, deutsche Sektion;
GBM e.V.; Internationale Liga für Menschenrechte;
Zeitschrift Ossietzky

Initiative Internationales Tribunal der Völker über die Aggression gegen den Irak – Auftaktkonferenz

Am 19.06.04, 9.30 Uhr im DGB-Haus
Keithstr. 1–3 in Berlin-Schöneberg.

Mitträger der Veranstaltung u.a. Bundesausschuss Friedens-
ratschlag; Europäisches Friedensforum, deutsche Sektion;
GBM e.V.; Internationale Liga für Menschenrechte;
Vereinigung demokratischer Juristen

In solidarischer Zusammenarbeit bündeln wir unsere Kräfte

Von Werner Schmidt, Vorsitzender der TIG Cottbus

Diese These ist schon seit mehreren Jahren Bestandteil der Führungskonzeption der TIG Cottbus. Deren praktische Umsetzung gehört zu unserer täglichen Arbeit, besonders der Mitglieder des Vorstandes. Resultierend aus individuellen Kontakten zu Vorständen und Mitgliedern anderer in Cottbus tätiger Vereine und Verbände hatte die TIG Cottbus erstmals im Herbst 2001 zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen.

Damals konnten wir die Territorialorgane von acht Vereinen und Verbänden begrüßen, die der VS, des VdK, der GRH des DBwV Ost, der Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten/Hinterbliebene (ERH), des BRH, der GBM, des Arbeitslosenverbandes sowie den Seniorenbeirat bei der Stadtverwaltung Cottbus.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren gemeinsam

- ▶ in jedem Quartal eine Beratung durchgeführt, wobei die Verantwortlichkeit zwischen den Vereinen/Verbänden wechselte,
- ▶ Wahlveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt,
- ▶ unsere Mitglieder für örtliche Veranstaltungen und Proteste mobilisiert,
- ▶ Widerspruchs- und Protestaktionen organisiert,
- ▶ an Buchlesungen und anderen Veranstaltungen teilgenommen, wie z.B. der des BRH zum ehemaligen Tag der DVP,
- ▶ an den Veranstaltungen der jährlichen Seniorenwoche teilgenommen, einschließlich des Seniorenballs des Seniorenbeirates der Stadt Cottbus.

Bei allen Gemeinsamkeiten galt stets ein Grundsatz, der da heißt: Die Eigenständigkeit der Arbeit der Vereine/Verbände wird nicht ange-tastet.

Es muss aber auch gesagt werden, dass nicht alles glatt und ohne Probleme lief. Hier und da muss schon mit dem sogenannten Fingerspitzengefühl an die Sache herangegangen werden, ohne dabei auf satzungsgemäße Grundsätze unserer Vereinsarbeit zu verzichten.

Das Thema der solidarischen Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden wurde zu einem ständigen Tagesordnungspunkt unserer monatlichen Vorstandssitzungen der TIG.

Es reicht auch nicht mehr aus, dass ein Vorstandsmitglied für diese Belange zuständig ist, sondern hier ist die Breite und das Engagement jedes Vorstandsmitgliedes erforderlich.

Im November 2003, unmittelbar nach der großen Anti-Kriegsdemonstration in Berlin, an

der auch einige Cottbuser teilnahmen, wurde von Vorstandsmitgliedern unserer TIG die Frage aufgeworfen, was tut sich in Cottbus? Diese Frage stellten wir auch an den VdK Kreisverband Cottbus und an den Stadtverband der Volkssolidarität.

Wenige Tage später gab es auf Einladung des VdK mit allen anderen vorgenannten Vereinen/Verbänden eine Beratung zur Beantwortung unserer aufgeworfenen Frage. Daran nahm auch erstmals ein verantwortlicher Sekretär der Gewerkschaft ver.di teil.

Das Ergebnis – es wurde aufgerufen zur Schaffung eines »Bündnisses für soziale Gerechtigkeit«. Dieser Aufruf, der an den Kreisverband des DGB, an weitere Gewerkschaften, an Frauenverbände und kirchliche Einrichtungen weitergeleitet wurde, fand entsprechend Gehör und Zustimmung. Nicht alle sagten sofort ja zu diesem Vorhaben, insbesondere als es um konkrete Handlungen des Bündnisses ging. Man braucht eben in diesen Fragen auch etwas Geduld und Überzeugungskraft.

Immerhin haben an den bisher fünf gemeinsamen Beratungen Vertreter von 16 Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden am Tisch gesessen und über Grundfragen des Ringens um soziale Gerechtigkeit gegen die Reformen der rot-grünen Regierung gesprochen.

Was ist das bisherige Ergebnis der letzten vier Monate:

Dem Bundestagsabgeordneten Wilfried Schreck (SPD), Wahlkreis Cottbus, wurde ein gemeinsamer Brief mit dem Protest gegen die sozialen Ungerechtigkeiten dieser Regierung zugeleitet. Als Anlage zu diesem Brief wurden gemeinsame Forderungen zu folgenden Komplexen erhoben:

- ▶ Wirtschaftliche Entwicklung und Kampf gegen Arbeitslosigkeit;
- ▶ Gewährleistung einer sicheren Altersversorgung;
- ▶ Gesundheitsreform ja, aber nicht auf Kosten der sozial Schwachen;
- ▶ keine Zulassung von Änderungen an der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit;
- ▶ Forderungen zu Alternativen bei dem geplanten Abbau des Zivildienstes;
- ▶ Forderungen nach einem Antidiskriminierungsgesetz/Leistungsgesetz;
- ▶ Spezielle Forderungen zur Sicherung der Gleichberechtigung der Frauen.

Mit diesem komplexen Forderungsprogramm wurde eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Bündnisses geschaffen. Natürlich ist es ergänzungswürdig wie z.B. im Bereich der Bildung/Ausbildung usw.

Schon jetzt ist vorgesehen, dass der Bundestagsabgeordnete Schreck zum gegebenen Zeitpunkt zu einer Beratung des Bündnisses eingeladen wird, um zu erklären, wie er mit diesem Forderungsprogramm umgeht.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass durch die Mitglieder des Bündnisses viele Teilnehmer zur Großveranstaltung in Berlin am 3.4.04 mobilisiert wurden und auch selbst teilnahmen.

Die Arbeit geht nun weiter, wobei sicher die Organisation neuer Aktionen z.B. zu den bevorstehenden Wahlen auf Landesebene im Mittelpunkt stehen werden.

Gearbeitet wird zur Zeit an einer schriftlichen Fixierung der Merkmale und Zielstellungen des Bündnisses und der Beantwortung der Frage, was wollen wir mit diesem Bündnis in Cottbus oder zentral erreichen. Die Mehrzahl der bisherigen Teilnehmer betrachtet es als einen freiwilligen Zusammenschluss von Bürgern, Vereinen, Verbänden und Einzelgewerkschaften, als ein lokales Bündnis, welches konfessionell, weltanschaulich und parteipolitisch unabhängig ist.

▶ *Fortsetzung von Seite 1*

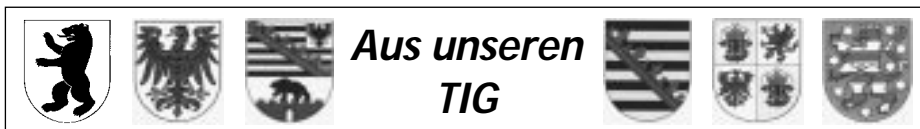
Recht und Gerechtigkeit ...

len Bewegungen entstehen. Erforderlich ist ein breiter Widerstand gegen den Sozialabbau, sowohl im Rahmen der »Agenda 2010« der Regierung Gerhard Schröder als auch der »schwarzen Agenda« der Opposition unter Angela Merkel/Edmund Stoiber. Die Zeit der Isolierung und Marginalisierung der Widerstandspotenziale muss in unserem Lande endlich der Vergangenheit angehören. Dabei ist das Kunststück fertig zu bringen, unsere traditionellen Forderungen nach endgültiger Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsungerechtigkeit mit denen gegen weitere massive soziale Verschlechterungen zu verbinden.

Vor allem die drohende Einführung der 42-Stunden-Woche würde das ganze Land in eine Früh-Zeit zurückwerfen. Bekämpft werden muss auch, dass die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und die Zumutbarkeitsregeln verschärft werden. Das Rad der Geschichte darf nicht noch weiter zurück gedreht werden.

Vielen Dank für Ihre optimistischen Aussagen und die lobende Anerkennung der Arbeit von ISOR e.V. Wir wünschen Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit viel Erfolg und Gesundheit.

Die Fragen stellte Dr. W. Stuchly, Pressesprecher der ISOR e.V.



Auf Initiative der fünf TIG von **Lichtenberg** und **Hohenschönhausen** wurde am 13. Mai 2004 ein »Bündnis für soziale Gerechtigkeit« Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen gegründet. Dem Bündnis gehören die ortsansässigen regionalen bzw. im Ostdeutschen Kuratorium vertretenen Sozialverbände und Vereine, Gewerkschaften und andere soziale Interessengruppen an.

Die bei der Gründungsversammlung anwesenden Vertreter der GBM, VS, BRH, VVN, GRH, ISOR, DBwV, BDA, Gewerkschaft ver.di, DGB sowie AG Seniorenpolitik Hohenschönhausen haben übereinstimmend ihre Bereitschaft bekundet, in solidarischer Gemeinschaft den Kampf gegen Sozialabbau zu führen.

Eine gemeinsame Erklärung mit den inhaltlichen Schwerpunkten und Zielen des Bündnisses wurde von den Teilnehmern als Arbeitsgrundlage bestätigt. In der gemeinsamen Sitzung im Juni 2004 ist dazu eine endgültige Beschlussfassung vorgesehen.

Das »Bündnis für soziale Gerechtigkeit« wird nach außen und zur Koordinierung der Aufgaben durch einen Sprecherrat vertreten.

Lothar Haugk

★

Der Vorstand der TIG **Berlin-Köpenick** lud Mitglieder der Basisgruppen unserer TIG sowie Sympathisanten der ISOR zu einer Wochenendfahrt in den Naturpark Böhmisches Schweiz ein. In Abstimmung mit dem Reiseveranstalter tuk (touristik und kontakte international) wurde ein umfangreiches Programm erarbeitet, was den Wünschen und Erwartungen der Teilnehmer entsprach (u.a. Tagesfahrt nach Liberec, Fahrt auf den Jested, Fahrt zum größten Felsentor Europas, dem Prebischtor, Tanzabend, Böhmisches Schlachtfest u.v.m.). Obwohl es das Wetter nicht immer gut mit uns meinte, war die Wochenendfahrt insgesamt eine gelungene Veranstaltung. Die Teilnehmer brachten zum Ausdruck, dass derartige Veranstaltungen auch dem weiteren Zusammenhalt und der Solidarität unserer Mitglieder im Kampf um Rentengerechtigkeit dienen.

Dieter Uhlemann

★

Der Vorstand der TIG **Berlin-Treptow** hat sich mit einem Schreiben an die Fraktion der PDS der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg von Berlin gewandt, in dem sie diese aufforderte, »Ihren Beschluss (hinsichtlich der Anbringung einer Tafel an das ehem. Dienstgebäude des MFS in der Normannenstr. (vgl. auch **ISOR aktuell** 2/04, Seite 6 »Der

Vorstand teilt mit« – d. Red.) zu überdenken und den politischen Fehler zu korrigieren, in dem die Informationstafel mit dem jetzigen Inhalt beseitigt wird.«

★

Am 22. April 2004 führte die TIG **Rostock** eine Mitgliedervollversammlung durch. Als Hauptredner hatten wir den Vorsitzenden Horst Parton gewonnen. Auch die Vereinsfreunde Prof. Dr. Horst Bischoff und Siegfried Felgner vom Vorstand und Vertreter der TIG Bützow, Greifswald, Kühlungsborn, Ost Vorpommern, Stralsund, Ribnitz-Damgarten und Wismar nahmen an unserer Zusammenkunft teil.

Zunächst wies der Vorstandsvorsitzende unserer TIG, Freund Grohmann, darauf hin dass wir in der Zukunft weitere Mitglieder für unsere Initiativgemeinschaft gewinnen müssen. Dabei sollten vorrangig Bekannte aus dem früheren Tätigkeitsbereich angesprochen werden.

Vereinsfreund Parton führte unter anderem aus, dass auf Grund des ständig spürbaren Sozialabbaus durch die gegenwärtige Regierungskoalition die Solidarität zwischen unseren Mitgliedern einerseits und den TIG sowie den lokalen Sozialverbänden andererseits weiter ausgeprägt werden muss. Unsere Aufgabe ist es, uns unbeliebt zu machen und einen beharrlichen Widerstand zu entwickeln, um die gegenwärtig und zukünftig Regierenden zu Veränderungen zu veranlassen, die weitestgehend unsere berechtigten Forderungen erfüllen.

Er hob in seinen weiteren Ausführungen hervor, dass wir in unserem gerechten Kampf auch bereit sein müssen, Kompromisse einzugehen. Wir sollten uns stets darüber im Klaren sein, dass juristische Erfolge nur durch mehr politisches Wirken unserer Vereinsfreunde erzielt werden können.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Vereinsvorsitzenden unterstrichen. Weiterhin wurde hervorgehoben, dass wir in unserem Kampf gegen Rentenungerechtigkeiten auch gegen Intoleranz, aber vor allem gegen Anpassung an die Politik der Regierenden, eintreten müssen und zwar mit wissenschaftlich fundierter Argumentation und mit Konsequenz.

Ich nehme an, dass unsere Zusammenkunft den fast 280 Anwesenden eben so viel gab wie mir, nämlich Zuversicht und die Gewissheit, dass »Einigkeit macht stark« nach wie vor gilt.

Horst Külb

★

Zu ihrer Versammlung am 24.05.2004 konnten die Mitglieder der TIG **Neustrelitz** den Vorsit-

zenden des Sozialausschusses des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Koplin, begrüßen. Einer Einladung gefolgt waren auch Vertreter der Ortsverbände des BRH, des Sozialverbandes Deutschland und der Volkssolidarität. In einer lebhaften gemeinsamen Diskussion wurde der gegenwärtige Sozialabbau der Bundesregierung kritisch gewertet und die AGENDA Sozial als Alternative dargestellt. Die PDS-Fraktion im Landtag wird weiterhin unseren Kampf gegen Rentenunrecht unterstützen und mit vielfältigen Aktivitäten versuchen Abgeordnete anderer Parteien und Länder zur Beseitigung der noch bestehenden Rentenungerechtigkeiten zu gewinnen.

Bernd Möller

★

In unserer Mitgliederversammlung der TIG **Marienberg/Zschopau** im Monat Mai 2004 informierte der Vorsitzende der TIG M. Herrmann über den aktuellen Stand unseres politischen und juristischen Kampfes gegen alle Formen des sozialen Kahlschlags in unserem Staat. Die Initiative des Vorstandes der ISOR (siehe **ISOR aktuell** 4/04) verstärkt unterstützend, wurden an den Bundeskanzler, die Bundestagsabgeordnete im Mittleren Erzgebirgskreis sowie die Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung, die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten Helga Kühn-Mengel, den Petitionsausschüssen des Bundestages und des Sächsischen Landtages Schreiben gesandt. In diesen wird u.a. zum Ausdruck gebracht, dass wir den Fortbestand von Straffrenten und die andauernde Verletzung des Artikel 1 (Menschenwürde), Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz), Artikel 14 (Schutz des Eigentums und der Wertneutralität als Grundsatz im deutschen Sozialrecht) 14 Jahre nach der deutschen Einheit trotz der Verfassungsgerichtsurteile vom 28. April 1999 für unerträglich finden. Es wurde die Unfähigkeit des Gesetzgebers kritisiert, endlich Rechtsfrieden und Rechtsgleichheit im vereinten Deutschland zu schaffen.

Martin Herrmann

★

Auf der Grundlage des Beschlusses unseres ISOR-Vorstandes vom 26.11.2003 hat sich unser TIG-Vorstand **Weißenfels/Burgenlandkreis** wiederholt mit der Problematik zur Gewinnung neuer Mitglieder aus den rentennahen Jahrgängen befasst.

Wir haben eine Arbeitsgruppe unter Leitung eines Vorstandsmitgliedes gebildet, der aus jedem Altkreis ein Mitglied angehört. Als das komplizierteste Problem erweist sich noch immer, die Kontakte zu den Kandidaten herzustellen, die von ihrem einstigen Arbeits- und Wohnort in die verschiedensten Bundesländer wechseln mussten.

Wir haben dann das ND-Interview unseres ISOR-Vorsitzenden Horst Parton und einen